Silvio Gesell.

Der Abbau des Staates

nach Einführung der Volksherrschaft.

Denkschrift
an die zu Weimar versammelten Nationalräte.

Inhalt:

Verlag des Freiland-Freigeld-Bundes
Berlin-Steglitz, Herderstraße 22
1919.

Weimar. — Druck von R. Wagner Sohn.

Vorwort.

„Natürlichem genügt das Weltall kaum,
Was künstlich ist, verlangt geschlossenen Raum."

Faust.

Sobald die Völker sich nach dem Selbstbestimmungsrecht zu staatlichen Verbänden zusammenschließen werden können, müssen naturgemäß die Grenzen jedes Staates genau dort zu liegen kommen, wo die Anziehungskräfte des einzelnen Staates erlahmen und von den Anziehungskräften des Nachbarstaates aufgehoben werden. Ein Staat, der seine Anziehungskräfte mehrt, von dem Liebe, Wärme, Gerechtigkeit, Licht und Freiheit nach allen Richtungen ausströmt, erweitert dadurch auch schon seine Grenzen, ohne daß er irgendetwas dazu zu tun braucht. Für den, der einen großen Staat liebt mit weiten Grenzen, wird dann vor allem die grundsätzliche Frage von Interesse sein, ob ein Staat überhaupt Anziehungskräfte entwickeln kann und ob das, was uns als solche erscheint, nicht einfach in einem Mangel an abstoßenden Kräften beruht. So könnte man fragen: Wurde Elsaß von Frankreich angezogen oder nur von Deutschlands Staatsform abgestoßen? Die Beantwortung dieser Frage ist von besonderer Wichtigkeit, denn sie wird uns zeigen, ob wir für die zur Erweiterung unserer Grenzen notwendigen Anziehungskräfte durch Ausbau oder durch Abbau des Staates sorgen sollen. Wäre der Staat nur ein notwendiges Übel und könnte er somit immer nur abstoßende Kräfte entwickeln, so werden die Anziehungskräfte des Deutschen Reiches selbstredend umso schwächer sein und die Staatsgrenzen werden uns umso enger zusammenschnüren, *je mehr* wir das Reich als Staat ausbauen, dann könnte allein der Abbau des Staates uns die dem deutschen Weltgeist genügenden Grenzen verschaffen.

Ein Beispiel mag hier deutlicher zeigen, um was es sich handelt und gleichzeitig auch zu der Behauptung den Beweis erbringen, daß der Staat wirklich nur ein, wenn auch notwendiges Übel ist und sein kann. Jedermann, auch unsere jetzigen „Feinde" erkennen es an, daß das Deutsche Reich als Staat ein Musterstaat genannt werden konnte. Nirgendwo war der Staat so weit ausgebaut, nirgendwo griff er öfter und tiefer in das Leben der Bürger ein, nirgendwo gab es unbestechlichere Beamte, nirgendwo hatte er solch rührendes Verständnis für die leiblichen Bedürfnisse der Eisenbahnreisenden und für das Seelenheil aller Staatsbürger.

Und doch, wie gering waren die Anziehungskräfte dieses Musterstaates! War es wirklich nur der billige Weinpreis, der die Elsässer nach Frankreich hinzog oder war es nicht vielmehr der musterhaft geführte Deutsche Staat, der ausgebaute Staat, der sie abstieß? Dieser Abfall des Elsaß vom angestammten Deutschen Reich ist doch eine Erscheinung, die uns stutzig machen muß. Namentlich, wenn die Lehren, die wir aus dieser Erfahrung ziehen, noch durch das Verhalten der Polen eine neue Bestätigung finden. Die Polen fliehen im buchstäblichen Sinn aus dem Reiche der Ordnung in die polnische Wirtschaft. Wohl der denkbar schlagendste Beweis, daß der Staatsgedanke ein hoffnungsloser ist. Der Mensch sucht und schätzt vor allen Dingen Freiheit und Unabhängigkeit. Alles was ein ausgebauter Staat uns auch bieten mag, kann kein Quäntchen Freiheit aufwiegen. Der Mensch lehnt sich gegen den Staat auf, der ihm auf dem Wege der Einschränkung persönlicher Freiheiten Wohltaten aufzwingen will. Man vergleiche das Verhalten der Elsässer und Polen mit dem der Buren zu den Engländern. Dank dem Umstande, daß sich die Engländer weniger um den Staat kümmern, konnte es geschehen, daß sich die beiden „Feinde" so schnell versöhnten.

Lassen wir diese Tatsachen auf uns wirken. Sie zeigen uns, daß der Staatsgedanke, wie man ihn in Deutschland pflegte, ein kranker Gedanke ist und daß darum nur der Abbau des Staates das Fundament zu einem großen Staat liefern kann.

1. Beweggründe, die zum Ausbau des heutigen Staates führten.

Der Staat fällt immer so aus, wie ihn die herrschende Klasse braucht. Liegt diese Herrschaft in den Händen einer bevorrechteten Minderheit und ist diese dann den Angriffen einer ewig aufsässigen Mehrheit ausgesetzt, so liegt der Gedanke nahe, die Machtmittel einer zentralisierten Staatsgewalt (Monarchie, Despotie, Autokratie usw.) der Aufrechthaltung der Herrschaft dienstbar zu machen und durch Ausbau der Staatsbetriebe seinen Einfluß, seine Macht zu mehren. Dann wird der Staat mit vielerlei Dingen belastet, die ebenso gut, oft mit Vorteil, der privaten bürgerlichen Tätigkeit überlassen werden könnten. Die Schwäche sucht Stärke in der Anlehnung[1]); der Starke aber fühlt sich am stärksten allein. Der Schwache strebt nach Zentralisation, der Starke nach Dezentralisation. Die Schwäche wirkt zentripetal, die Stärke zentrifugal. Wenn also der Staat imstande wäre, Kraft zu erzeugen, so wäre diese Kraft gegen den sie erzeugenden Staat gerichtet.

Darum war und ist die Frage: Wie können wir den Staat ausbauen, die Zahl der von uns abhängigen Beamten und den Einfluß mehren, den die in unseren Dienst gestellte geistige Elite auf die Volksmassen ausübt — die einzige jahrtausende alte Sorge der Bevorrechteten gewesen. Und die Antwort, die die Herrschenden auf diese

---

[1]) Siehe Krapotkin: Gegenseitige Hilfe.

Frage fanden, ist der Staat in der Gestalt, wie ihn die Revolution übernommen hat. Umgekehrt wird natürlich das Interesse am Ausbau des Staates erlahmen und verschwinden, wenn die Macht auf die Masse übergeht, die sich — dank ihrer Masse — sicher fühlt und keines Machtanwachses noch bedarf. Schon allein dem Trägheitsgesetze folgend, wird das im Staate herrschende Volk danach trachten, den Staat auf die allereinfachste Form zurückzuführen und alles abzubauen, was nicht durchaus zentralistisch geleitet werden muß, damit es nicht ewig zu neuen Wahlen, zu neuen Gesetzen und Entschließungen aufgerufen zu werden braucht. Ich kann mir dann vorstellen, daß, wenn die Demokratie den Reiz der Neuheit verloren haben wird und Wähler wie Wählerinnen nur mehr mit dem Aufgebot von Wahltreibern zur Urne geführt werden können, auch die Frage auftauchen wird, wie man sich von der Bürde dieser lästigen Bürgerpflichten befreien kann. Die einzige dann noch mögliche Antwort auf diese Frage heißt dann: Rückkehr zur Autokratie oder: Abbau des Staates von alle dem, was dem Staate zu seinen Herrschaftszwecken aufgebürdet wurde.

Wenn diese Forderung nicht gleich am Tage der Revolution gestellt wurde, so muß berücksichtigt werden, daß die Partei, die nun zur Herrschaft kam, eine wesentlich kommunistische war, die darum in dem bisherigen Staatsbetriebe nur eine Vorstufe der erstrebten allgemeinen Verstaatlichung erblickt. Auch mag es nur Atavismus gewesen sein, der Ebert glauben ließ, er müsse sich mit demselben Regierungsapparat umgeben, den die Hohenzollern zur Stütze des Thrones für nötig hielten, so daß er auf das der Revolution zustehende beneficium inventarii verzichtete. Vorbedingung für solchen Abbau des Staates wird immer ein vollkommenes Sicherheitsgefühl sein, das selbstverständlich nur da aufkommen kann, wo die Macht in der überwältigenden Mehrheit des Volkes liegt. Solange die Herrschenden

noch um ihre Vormacht bangen und darum an den Ausbau der Macht denken müssen, solange sie nicht sorglos in den Tag leben können, werden sie natürlich die Machtmittel der zentralisierten Staatsgewalt nicht entbehren und von einem Abbau nichts wissen wollen.

Abbau des Staates setzt also Abbau des Klassenstaates, Übergang der Macht auf die Volksmassen voraus. Die Klassen sind aber Produkte des aus Zins und Rente bestehenden arbeitslosen Einkommens. Wer darum vom Abbau des Staates spricht, muß auch den Nachweis bringen, daß sich das arbeitslose Einkommen abbauen läßt. Diesen Nachweis erachte ich aber als in allen Teilen erbracht. Die vom Freiland-Freigeld-Bund vertretene Kapitalzins- und Grundrententheorie läßt keinem Zweifel Raum, daß mit dem geforderten Mittel Freiland und Freigeld das arbeitslose Einkommen sich spurlos in 10 oder 20 Jahren fleißiger Arbeit versenken läßt. Näheres hierüber kann ich hier nicht sagen; ich muß mich hierfür auf die Literatur des Bundes berufen.

Nur das möchte ich hier sagen, daß der Krieg den Bestrebungen des Freiland-Freigeld-Bundes die Wege in unverhoffter Weise geebnet und die vom Kapital ausgehenden Widerstände wenigstens in Deutschland dadurch gebrochen hat, daß es zurzeit in Deutschland so gut wie überhaupt kein Kapital mehr gibt.

Über diesen wichtigen Punkt möchte ich zunächst einige Erläuterungen geben und dann zu meinem Thema übergehen.

Das deutsche Volksvermögen in der Kadaververwertung zu Paris.

Das Vermögen im Deutschen Reich, euphemistisch als deutsches Volksvermögen bezeichnet, war vor dem Kriege mit 350—400—450 Milliarden Mark eingeschätzt worden.

Diesen Schätzungen lagen die damaligen Warenpreise zugrunde. Zu den heutigen Preisen berechnet, wären reichlich 1000 Milliarden herausgekommen. Da die heutigen Preise aus zwingenden Gründen nicht erheblich von der jetzigen Höhe heruntergehen können, so wollen wir die 1000 Milliarden als Grundlage unserer Berechnungen nehmen. Von diesen 1000 Milliarden müssen wir nun folgende Abstriche machen, und zwar als:

1. Hypothek die Forderung der Entente, die zunächst noch unbestimmt, wahrscheinlich nicht unter 200 Milliarden einzuschätzen sein mag, und zwar Milliarden Mark von der jetzigen Güte, von denen 100 auf eine magere Gans, 2000 auf eine magere Kuh gehen. In die Vorkriegsmark umgerechnet, etwa 50 Milliarden. An Zinsen wären allein 10 Milliarden zu zahlen.

2. Hypothek:, Unterstützungen an die Witwen und Waisen der Gefallenen, an die Kriegsverletzten und im Kriege Erkrankten und in der Erwerbskraft geschwächten. Die Summe hierfür ist schwer zu schätzen. Rechnen wir 8 Millionen Unterstützungsberechtigte zu je 1000 Mark so wären das 8 Milliarden im Jahr. Welchem Kapital diese Ausgabe entspricht, werden die Versicherungstechniker ausrechnen können, wenn sie einmal wissen, wie groß der jährliche Abgang der Unterstützungsberechtigten sein wird. Hier nehmen wir als Kapitalisierungsrate das Zehnfache der jährlichen Ausgaben, also 80 Milliarden für die 2. Hypothek, und zwar Mark von der Sorte, von der 2000 auf eine magere Kuh gehen.

Infolge der ungenügenden Unterstützung wird der jährliche Abgang größer als erwartet sein. Von den unterstützungsberechtigten Waisen wächst jährlich ein Jahrgang oder der 14. Teil (7%) in das erwerbsfähige Alter hinein.

3. Hypothek: Die in Kriegsanleihen, in städtischen, staatlichen Anleihen in Darlehenskassenscheinen in Reichsbanknoten gemachten Schulden, zusammen etwa 150 Milliarden. Daß diese Kriegsanleihen als Privateigentum mindestens den gleichen Schutz verdienen wie alle anderen Vermögen, kann nicht einen Augenblick in Zweifel gezogen werden, haben doch viele die Anleihen gezeichnet, weil sie glaubten, damit dem Vaterland und dem Eigentum der Mitbürger zu dienen! Auch wird es Leute gegeben haben, die Teile ihres Vermögens, Grundbesitz, Aktien, Häuser verkauften um dem Aufruf „Zeichnet Kriegsanleihe" nachkommen zu können. Diese 3. Hypothek hätte demnach Anspruch als bevorrechtigte Forderung auf das deutsche „Volks"vermögen behandelt zu werden. Solange man also das übrige Vermögen anerkennt, wird man auch diese 3. Hypothek anerkennen müssen.

4. Hypothek: Die Entschädigung an die Reeder für die verlorenen Schiffe, an die Hausbesitzer für den Russeneinfall, für die Fliegerbomben usw. an die Kolonialdeutschen für den Verlust des Eigentums, an die durch die Kriegsereignisse in irgendwelcher Form geschädigten Kaufleute und Gewerbetreibenden. Das alles zusammen mögen auch 50 Milliarden sein.

5. Hypothek: Die Millionen von Arbeitslosen, die entweder gänzlich ohne Verdienst sind oder aus dem Berufe herausgeworfen wurden und minderwertige Arbeit zu leisten haben — dadurch zu Kriegskrüppeln, zu wirtschaftlichen Krüppeln werden. Wäre es zuviel, wenn wir hierfür auch 50 Milliarden annehmen?

Fünf Hypotheken im Betrage von 500 Milliarden belasten also heute das deutsche Vermögen, und zwar gerade zu einer Zeit, wo die Industrie still liegt, wo alle Handelsbeziehungen unterbrochen wurden, die Kolonien geraubt, das Reich um große Teile verkleinert wurde, die Felder verunkrautet sind, die Handelsflotte versenkt und geraubt ist, wo man seit 4 Jahren Raubbau getrieben, wo der Viehstand der Zahl nach um die Hälfte, dem Gewicht nach um $^2/_3$

abgenommen hat, wo seit 4 Jahren keine nützliche Arbeit getan, kein Haus repariert wurde, die Bahnen ausgeleiert sind und von unserem industriellen Arsenal gut 50% abgeschrieben werden müssen. Was bleibt da von diesem Vermögen noch übrig? Man vergesse nicht, daß das sogenannte Volksvermögen nichts anderes war als eine 1. Hypothek auf den Lohn und daß durch die genannten fünf Hypotheken, zu denen noch die laufenden Staats- und Gemeindeausgaben kommen, diese 1. Hypothek an die 6. Stelle rückt.

Das Volksvermögen ist nichts anderes als die zu 4% kapitalisierte Rente. Es besteht also aus dem den Arbeitern vom Lohne gemachten Abzuge. Hebt man den Lohn auf den Arbeitsertrag, dann gibt es kein Volksvermögen mehr.

Da nun die Zinsen dieser fünf Hypotheken nicht auf den Arbeitslohn abgewälzt werden können, weil der Arbeiter sonst auswandern würde, so bleibt nichts anderes übrig, als das Geld dazu vom Volksvermögen zu erheben. Das Volksvermögen ist also zu 100% und darüber hinaus für eine lange Reihe von Jahren verpfändet an ausländische und bevorrechtigte Gläubiger. Es steht uns dem Freiland-Freigeld-Bund also nicht mehr im Wege. Von dort her sind keine Widerstände mehr zu erwarten. Wir haben nur mehr Exkapitalisten, wie wir auch nur mehr Exfürsten haben. Wir haben keine anderen Gegner, wie das mangelnde Verständnis. Sobald die demnächst in Tätigkeit gesetzte Steuerpresse unseren Kapitalisten ihre finanzielle Lage zum Bewußtsein gebracht haben wird, werden wir wirklich ein einig Volk von Brüdern sein — einig in der allgemeinen Armut — und damit wäre dann die Grundlage für die Regierung geschaffen, die ihre Stärke im Volke hat und darum der Machtmittel des Staates nicht mehr bedarf. Dann werden wir vom Abbau des Staates reden können.

2. Umfang des staatlichen Abbaus.

Man hat den Staat so oft als notwendiges Übel bezeichnet. Jetzt wollen wir ihn auch einmal als solches behandeln und von dem Übel nur das behalten, was sich wirklich als Not wendend erweist. Wir wollen von zwei uns zur Wahl gestellten Übeln, den ausgebauten und den abgebauten Staat, uns das kleinere einmal ansehen und vom Staate alles das abbauen, was nicht unbedingt von einem zentralen, das ganze Volk umfassenden Gesichtspunkte aus geleitet werden muß. Überall, wo wir ohne den Staat auskommen können, wollen wir abbauen. Es wird sich dann zeigen, daß dieser Abbau bis auf das Verkehrswesen — Geld, Post, Eisenbahnen, Telegraph, Schiffahrt — den gesamten heutigen Staatsbetrieb umfassen kann. Alles übrige — Kriegsministerium, Handelsministerium, Kultusministerium, Justiz usw. — kann man mit Vorteil für die Sache dem Staate abnehmen und den Privaten und Gemeinden überlassen.

Schule. Daß diese nur mit Nutzen für die Sache vom Staate getrennt werden kann, geben die zunächst Beteiligten, die von Natur berufenen Lehrer, die Eltern ohne weiteres zu. Nur die Eltern können das Kind wirklich verstehen und den Unterricht der Eigenart des Kindes anpassen. Freilich setzt der Unterricht des Kindes durch die Eltern andere als die heutigen Wirtschaftsverhältnisse voraus. Eine Fabrikarbeiterin hat natürlich weder die Zeit, das Kind zu unterrichten, noch es überhaupt kennen zu lernen. Für das Proletariat kann es nur eine Schule geben, die Staats- oder Gemeindeschule. Sobald es aber gelingt, das Proletariat dadurch zu vernichten, daß jedem Arbeiter das Recht auf den vollen Arbeitsertrag verschafft wird, kann auch jede Mutter sich wieder dieser edelsten der Mutterpflichten widmen — und dann fällt die Notwendigkeit der Schule weg. Denjenigen Müttern aber, die sich

unfähig fühlen die Kinder zu unterrichten, wird es immer noch freistehen, sich zusammenzutun und selbst eine Schule zu gründen. Wenn der Staat keine Steuern mehr für das Schulbudget erhebt — in der Regel durch indirekte Steuern — dann können die Mütter auch das Geld für die eigene Schule aufbringen, und zwar ohne neue Belastung, insofern sie ja nun auch von den Schulsteuern entlastet sind.

Wird man, wie das der Freiland-Freigeld-Bund vorschlägt, den Müttern die Grundrenten ausrichten, so bildet die finanzielle Seite überhaupt keinen Grund mehr, warum wir den Abbau des Staates nicht auf die Schule übertragen sollen.

Kirche. Bei denjenigen Lehrern, die dem Abbau des Staates, wenigstens in Bezug auf die Schule abhold sind, dürften die persönlichen Interessen bewußt oder unbewußt, ob falsch oder richtig eingeschätzt, die Hauptrolle in ihrem Urteil bilden. Mit der Kirche verhält es sich ebenso. Läßt man die rein finanziellen Fragen aus dem Spiel, so spricht für die Herabwürdigung der Kirche zum Staatsinstitut überhaupt nichts mehr. — Ich erinnere daran, daß hier von einem Freistaat, von einem in sich gesunden, klassenfreien Staat die Rede ist, der keiner künstlichen Stütze bedarf. Der Zweck der Staatskirchen und Staatsschulen, dem Gewaltstaat Stützen zu liefern, fällt hier fort. Für den Satz: „Was ein Häkchen werden soll, krümmt man beizeiten" findet man im Freistaat überhaupt kein Verständnis.

Die finanzielle Frage löst sich mit dem Abbau der Kirche vom Staatsbetrieb genau wie oben bei der Schule. Der Staat hat nie anderes Geld als das, was er vorher den Bürgern aus der Tasche genommen hat. Davon geht ein Teil durch die Kosten der Steuerhebung verloren. Der Staat gibt also weniger zurück, als er genommen. Darum werden die Bürger, nachdem die Kirche vom Staate abgebaut sein wird, in ihren Taschen mehr Geld vorfinden, als die Leistung des Staates der Kirche gegenüber ausmachte. Entsprach dann die Zugehörigkeit zur Kirche einem echten Frömmigkeitssinn, so werden die Bürger auch die Geistlichkeit mit den irdischen Dingen, mit Gütern versehen, die der Staat ihnen bisher für die Kirche abnahm. Handelte es sich aber um einem Zwang, so wird die Befreiung der Kirche aus den Armen des staatlichen Scheusals das schöne Gefühl erwecken, daß nun nichts von dem, was der Kirche geopfert wird, mit dem Fluche widerwilliger Steuerzahler vergiftet wurde.

Reichen diese dann vielleicht dürftigen Gaben mancherorts nicht aus, so dürfte man den Geistlichen den Lohnkommunismus empfehlen, d. h. die Zusammenlegung aller Gaben und die gleichmäßige Verteilung unter alle Amtsbrüder, wie das bereits kommunistische Arbeiter für das Proletariat vorgeschlagen haben als Vorschule für die kommunistische Verteilung der Güter. Und was Arbeiter aus christlicher Liebe tun, das werden die Geistlichen auch wohl tun können. Im übrigen kann man die Geistlichen auf Nebenverdienst anweisen, wie das bei den Lehrern der Fall ist. Es kann wirklich der Religion keinen Abbruch tun, wenn die Geistlichkeit den Sinn ihrer Worte praktisch erlebt und persönlich erfährt, was es heißt, sein Brot im Schweiße des Angesichtes zu verdienen.

Hochschulen. Auch hierin soll der Staat entlastet werden: Das mit politischem Gift angefüllte Ministerium für Schule, Kultus, Volksbildung, Wissenschaft, soll restlos abgebaut werden. Bürger, Eltern, Gemeinden mögen sich zusammentun und den Unterhalt der Hochschulen bestreiten. Wie manche Eltern heute bestimmte Finanzgeschäfte abschließen, die ihren Kindern eine Aussteuer, eine Unterstützung für die Militärzeit usw. sichern sollen, so werden die Eltern ähnliches tun für die Schulen und Hochschulen, sobald der Staat vom Schulwesen entlastet werden wird. Auch sei hier bemerkt, daß mit dem Abbau des Staates das sogen. „Berechtigungswesen" wegfällt, daß dann das

Studium, das nur der staatlichen Anstellung wegen betrieben wird, unterbleibt. Man wird dann auch keine „Studenten" mehr haben. Jeder Mensch studiert dann, jeder sucht sich ein Fach aus, für das er sich besonders begabt wähnt. Und dann hat man es nicht so eilig. Das Ziel, die „abgeschlossene Bildung", mag man dann mit dem Lebensabschluß zusammenfallen lassen. Man wird also sein ganzes Leben studieren.

Man arbeitet und studiert, in gesunder Abwechslung. Und wenn, wie es im Freistaat selbstverständlich ist, die Arbeit vom Schmarotzertum befreit sein wird, so wirft diese einen so bedeutenden Ertrag ab, daß der Arbeiterstudent sehr wohl für die bescheidenen Lebensansprüche der Weisen seiner Lehrer sorgen kann. Die wahre Wissenschaft braucht wahrhaftig den Staat nicht. Die Hochschule dürfte dann wohl am besten mit einer Fabrik (Spinnerei, Weberei, Besenbinderei) verbunden werden, wo der Student in 6stündiger Arbeitszeit seinen und seiner Lehrer Lebensunterhalt schafft. Kein Mensch kann ununterbrochen geistige Übungen treiben. Wenn die Studenten täglich 6 Stunden einer Erwerbsarbeit widmen, so wird ihnen das sicherlich geistig und seelisch weniger schaden als die gleiche Zeit am Biertisch. Und was sie dann etwa in 10 Jahren nicht schaffen können, das werden sie halt in 11, in 15, in 50 Jahren schaffen. Der abgebaute Staat läßt jeden nach seiner Weise studieren. Fort also auch mit der staatlichen Hochschule.

Ministerium für Handel und Industrie. Eine perverse Institution, geschaffen, um ein ganzes Volk zu vergiften. Was wollten die Männer aus dem Handel, der Industrie und der Landwirtschaft im Vorzimmer des Ministers für Handel und Industrie? Ach, sehr einfach war alles, was dort besprochen wurde. „Eine Animierkneipe für höhere Zölle", das war das Ministerium für Handel und Industrie. (So wurde es im Reichstag einmal bezeichnet.) Abbauen, abbauen, das ist das einzige, was man hier sagen kann.

Den Staat treibt es, wie jede Organisation, zur Entwicklung seiner selbst. Er strebt danach, sich immer unentbehrlicher zu machen. Kein Beamter wird jemals den Abbau des Staates vorschlagen. Der ehrgeizige Beamte, der innerhalb seines kleinen Ressorts keinen Wirkungskreis findet, sucht selbstverständlich diesen Wirkungskreis zu erweitern. Natürlich ist das beim Minister für Handel und Industrie auch der Fall. Er sucht daher alle Dinge zu verwirren, undurchsichtig zu machen, um dann die selbstgeschaffenen gordischen Knoten zerhauen zu können und zu zeigen, wie unentbehrlich er ist. Kein Minister für Handel und Industrie wird jemals Interesse am Freihandel bekunden, nein, keiner hat jemals auch nur daran gedacht, den Ast abzusägen, auf dem er sitzt. Der Minister für Handel und Industrie betreibt Schutzzollpolitik, die Politik, die unser Volk verdorben, verhetzt, mit der ganzen Welt verfeindet, uns den Krieg mit der ganzen Welt gebracht hat. Wir wollen dieses Ministerium abbauen, spurlos abbauen. Den Staatsbetrieb scharf von allen Privatinteressen trennen. Die Gewerbetreibenden wissen ihre Interessen auch ohne den Staat zu vertreten. Schalten wir den Staat vollkommen aus Handel und Gewerbe aus, so werden sich die Gewerbetreibenden zusammenschließen (Handelskammern), um alles das zu tun, was der Einzelne nicht allein tun kann. Ist kein Ministerium für Handel, Industrie und Landwirtschaft mehr da, so sind auch keine Vorrechte mehr zu verschenken. Die agrarischen Gelüste, die sich in dem Verlangen nach immer höher zu schraubenden Zöllen äußerten, können nirgends mehr lokalisiert werden. Umstellt von Räubern und Dieben, konnte der Minister für Handel und Industrie niemals sachliche und vom Allgemeinwohl diktierte Wirtschaftspolitik treiben, und wenn er sie hätte treiben wollen, so hätte er bald gefunden, daß er dann gehen,

den Handel der Freiheit überlassen müßte. Er war dann immer Spielball der Parteien.

Wir bauen also ab; weg mit dem Minister für Handel, Industrie und Landwirtschaft. Wir schaffen freie Organisationen für die gemeinsamen Interessen der Gewerbetreibenden.

Ministerium für soziale Angelegenheiten. Im Grunde genommen, sorgt Gott für jeden, der für sich selbst sorgt. Sagen wir es jedem, auch den Kindern schon, daß wenn sie nicht für sich selber sorgen, niemand für sie sorgt, auch nicht der Minister für soziale Angelegenheiten. Diesem ergeht es, wie jedem Minister. Er freut sich, wenn der Kreis seiner Aufgaben wächst. Eine Krise, die die Arbeiter zu Tausenden auf die Gasse setzt, — das ist sein Element. Darum kommt es ihm gar nicht darauf an, den Ursachen des sozialen Drucks nachzuspüren. Kein Minister für soziale Angelegenheiten hat sich jemals für das Zinsproblem, das Lohnproblem, das Geldproblem, das Grundrentenproblem, das Krisenproblem interessiert. Er ist ja Minister, um die Folgen, nicht um die Ursachen zu bekämpfen. Denn ein Minister, der den Ursachen nachgeht, bekämpft sich selbst, begeht Selbstmord.

Das Dasein eines Ministers für soziale Angelegenheiten erweckt im Volke den Glauben, daß auf diesem Ministerium irgendetwas gegen das Massenelend getan wird, daß man dort schwitzend über das Zinsproblem brütet, daß dort von früh bis spät die Beamten über die Ursachen der Krisen, der Arbeitslosigkeit debattieren. Das gute Volk! Wenn es wüßte! Ja, wenn es wüßte, daß im Ministerium für soziale Angelegenheiten nur ein Häufchen Bürokraten sitzt, die nur eine Sorge haben, — nämlich eines Tages für überflüssig gehalten zu werden — dann würde es das Problem der Armut selber in die Hand nehmen und die Ergründung des Schmarotzertums zum Gegenstand eines mit Ernst und gutem Willen zu betreibenden allgemeinen Studiums machen.

Übrigens, im Freistaat, wie wir ihn uns vorstellen, und wie er sich unter dem Freiland-Freigeld-System notwendig entwickeln muß, ist mit dem Recht auf den vollen Arbeitsertrag die soziale Frage gelöst — auch für den Minister für soziale Angelegenheiten. Also auch hier wollen wir abbauen.

Ministerium des Äußeren. „Besser gar keines, als ein solches Ministerium" wird mancher biedere Deutsche während des Krieges wiederholt ausgerufen haben. Äußere Angelegenheiten sind öffentliche Angelegenheiten. Behandle man sie danach! Die Presse, die Öffentlichkeit ersetzt dann dieses Ministerium. Alles, was ein Volk dem anderen zu sagen hat, kann man ihm durch den Anzeigenteil der Zeitung, durch eine Postkarte, durch Telephon zur Kenntnis bringen. Gesandte, Konsuln, Botschafter werden auf alle Fälle überflüssig, sobald die Geheimdiplomatie, die Lügenfabrik einmal zertreten ist.

Mit der Freiland- und Freihandel-Erklärung werden alle Zankäpfel gründlich aus dem Verkehr der Völker beseitigt — die Möglichkeit fehlt absolut, daß es noch zu „diplomatischen Zwischenfällen" komme — so lange das zum Menschenrecht erhobene Freilandrecht unangetastet bleibt. Dafür aber, daß dies nicht geschehen kann, muß der im Freiland geeinte Völkerbund sorgen. Ein Volk, ein Staat, der das Freilandgesetz antastet, sticht in ein Wespennest, hat es mit der ganzen Welt zu tun. Und was das heißt, das haben wir Deutschen heute, leider etwas spät, erfahren.

Ministerium für Medizinalangelegenheiten. In dieser Sache hat der Staat sicher — wie überall — mehr geschadet als genützt. Das Dasein eines Ministeriums für Volksgesundheit lullte das Volk in den Glauben ein, daß von Staats wegen alles geschähe, was zur Volksgesundheit gehört, und daß es selbst nun nichts zu tun habe, als alle paar Jahre zur Wahlurne zu gehen. Aber es geschah in Wirklichkeit nichts. Obschon den Medizinalbehörden immer alle gewünschten Kredite bewilligt, alle gewünschten Voll-

machten gegeben wurden, taten sie nicht den geringsten Schritt zur Bekämpfung der grausigen Seuche, genannt Alkoholismus, Frauenarbeit in den Fabriken, Geldheiraten, Tabak usw. Sie begnügten sich, die Folgen dieser Übel zu behandeln, an ihre Wurzel — den Zins — wagten sich die im Dienste des Zinses stehenden Staatsknechte nicht heran. Um nur ja den Zins zu schonen, um die Interessen ihrer Brotherren nicht zu schädigen, sahen die Medizinalbehörden tatenlos die Säuglingsmassakres, denen 300000 alljährlich zum Opfer fielen, sahen den furchtbaren Raubbau am Volkskörper, dessen Früchte die Kliniken, Krankenhäuser, Heilstätten, Toll- und Zuchthäuser sind.

Sobald der Mensch den Glauben an eine göttliche Vorsehnung verloren hat, sucht er sein Geschick in die eigene Hand zu nehmen, und sobald wir den Glauben an die staatliche Vorsehung abgetan haben, werden wir uns besinnen, was wir, was jeder einzelne zu tun hat, um die durch den Staat pervertierte Zucht des Menschengeschlechtes wieder auf die ansteigende Bahn zu leiten. Dann wird der Alkoholismus, die Tuberkulose, die Syphilis, durch das wieder erwachte Verantwortlichkeitsgefühl eines jeden einzelnen Menschen bekämpft und zur Strecke gebracht werden. Ohne den Glauben an das Scheusal, das wir Staat nennen, wäre es nie zu der heutigen Entartung gekommen.

Also: Abbau, auch hier Abbau! Ob dieser Abbau sich auch auf die Bekämpfung aller Seuchen, also mit Einschluß der Cholera, Pest, Viehseuchen usw. auszudehnen hat, mag manchem vielleicht zweifelhaft erscheinen. Eine Zentralgewalt, die gegebenenfalls schnelle Entschlüsse fassen kann (wie am 31. Juli 1914), mag in der Seuchenbekämpfung gute Dienste leisten. Jedoch auch hier können die einzelnen Gemeinden und die medizinischen Körperschaften den Staat wohl gut ersetzen, weil sie an Ort und Stelle die nötigen Maßregeln noch schneller ergreifen können, als die oft weit abgelegene Zentralbehörde.

Wir bleiben also dabei: Trennung des Staates von allen Medizinalangelegenheiten.

Kriegsministerium. Wir kämpften Seite an Seite mit Polen, Lothringern, Dänen, Kelten, Germanen, Juden, Protestanten, Katholiken, und zusammen mit den Komitatschis, Bulgaren, Zigeunern, Ungarn, Türken — gegen alle übrigen Staaten der Welt. Diese Tatsache zeigt uns, daß es sich nicht um einen Völkerkrieg, nicht um Rasse und Kultur handelte, sondern um einen Krieg der Staaten. Die Staaten aber haben umsomehr Reibungsflächen, je mehr sie ausgebaut und dadurch differenziert sind. Mit jedem Abbau der Staaten nehmen die Reibungsflächen ab — namentlich in bezug auf das Handelsministerium. Zwischen zwei Staaten z. B., die durch keinen Grenzzoll getrennt sind, wird sich wohl nie Gelegenheit zu ernsthaften Reibereien bieten. Solche Staaten fließen dann mehr oder weniger ineinander über. Und je mehr wir den Staat abbauen, umsomehr wird das der Fall sein. Zwei Eiskristalle mag der Wind gegeneinander prallen lassen, sie stoßen und verletzen sich gegenseitig; zwei Tautropfen, die derselbe Wind in Berührung bringt, — die gehen in Liebe ineinander über. Die Staaten sind solche verhärteten leblosen, starren, seelenlosen Wesen, die nur in Harnisch und Panzer zum Nachbar reden können — und je mehr der Staat ausgebaut ist, umso schwerer wird der Panzer, die trennende, feindliche Kruste.

Handelt es sich dazu noch um den Klassenstaat, den giftstrotzenden Klassenstaat, der den äußeren „Feind" dazu braucht, um die Aufmerksamkeit des Volkes vom inneren Feind abzulenken, so werden Kriege fast unvermeidlich.

Im Mittelalter hat es keine Kriege gegeben, einfach weil es damals keine Staaten gab. Die Völker waren zerlegt in Grundherrschaften, Grafschaften, Ritterschaften, Bistümer, Abteien, Reichsstädte, alle von geringem Umfange und allen diesen Lebewesen lag der Gedanke fern,

sich auf irgendeine Weise von den Nachbarn und der Welt abzuschließen. Grenzen im heutigen Sinne gab es nicht. Daher auch keine Reibungsflächen und keine Kriege. (Die Fehden, die der Raublust Genüge leisteten, richteten sich gegen persönliche Feindschaft.)

Bauen wir unsere modernen Staaten ab, so verschwinden im gleichen Maße die Reibungsflächen und Zankäpfel, und in demselben Maße, wie das geschieht, werden wir daran gehen können, uns der atemraubenden Panzer und Rüstungen zu entledigen.

Ich habe gezeigt, daß der innere Friede, die Zertrümmerung des giftstrotzenden Klassenstaates, die Voraussetzung für den Abbau des Staates ist. Eine Ordnung, die in sich gesund ist, wo es keine Vorrechte gibt, hat auch keine Feinde, auch keine Außenfeinde. Die wärmenden Strahlen der Gerechtigkeit, die ein abgebauter Klassenstaat ausströmt, bringen den Eispanzer des Völkerhasses zum Schmelzen. Sie müssen dies tun, ohne den Glauben, daß sie es vermögen, könnte ich nicht leben. Sieghaft muß die Gerechtigkeit alles, was die Völker und Menschen trennt und verfeindet, zum Schmelzen bringen. Bauen wir also unseren Staat ab, nachdem wir die Vorbedingungen für den inneren Frieden getroffen haben. Bauen wir sorglos auch das Waffenmonopol des Staates, das Kriegswesen ab. Tun wir das im Vertrauen, im göttlichen Vertrauen auf die Sieghaftigkeit der Gerechtigkeit. Warten wir nicht darauf, daß andere mit dem Beispiel vorangehen. Tun wir den ersten Schritt. Wir werden es nicht bereuen. Sieghaft muß sich der Friedensgeist die Welt erobern. Wenn das nicht möglich wäre, so lohnte sich ja das Leben nicht. Traurige Tröpfe, Feiglinge, die keinen Glauben an die Menschheit hegen können, und dennoch das Leben ertragen! Weg mit den Waffen! Bauen wir ab! Weg mit dem Kriegsministerium!

Wir hatten dem Kriegsgeist, dem Militarismus vertrauend unsere Sache auf die Macht gestellt. Wir schufen das beste Heer der Welt, das tapferste Heer, das größte Heer. Und dieses beste, größte und tapferste Heer hat uns verraten, hat uns ins Unglück gestürzt. Sollen wir nun, da uns das große, das gute Heer nichts nützte, sondern nur schadete, ein kleines Heer, ein Heer mit gelockerter Manneszucht, ein Heer, dessen beste Helden vom Kriege ausgelesen und vernichtet worden sind, an dessen Stelle setzen? Wie töricht das wäre! Nein, tun wir das nicht; ganze Arbeit wollen wir hier tun. Nützte uns das ganze Heer nichts, so wird uns das halbe noch weniger nützen. Stellen wir uns mit Entschlossenheit auf Wilsons Gedanken des gewaltlosen Friedens. — Weg mit den Waffen! Liebe und Gerechtigkeit gegen alle Menschen sei fortan unsere Rüstung, die feste Burg des deutschen Mannes. „Um ihre Feinde zu zerstreuen, braucht die Sonne nur zu scheinen", sagt Hebbel. Handeln wir wie die Sonne. Lassen wir das Deutsche Reich scheinen, in Liebe und Gerechtigkeit strahlen, so werden wir alle unsere vermeintlichen Feinde zerstreuen, — ohne Heer, ohne U-Boot und Zeppelin, ohne zum Völkerhaß aufzurufen und Gott um Hilfe gegen unsere „Feinde" anzuflehen.

Recht und Gericht. Nichts hat der Gichtkrücke der herrschenden Klasse, dem Staat, mehr Ansehen verschafft, als die Verstaatlichung und Bürokratisierung des Rechts und Gerichtes, die Macht, Strafen zu verhängen und sie nach Willkür zu bemessen. Diese Verstaatlichung des Gerichtes fordern nun aber auch alle, die sich in jahrelanger Arbeit beruflich zum Staatsknecht ausgebildet haben und dieser Ausbildung erhebliche Geldopfer brachten. Ich verzichte darauf, alle diese Leute von der Notwendigkeit zu überzeugen, selbst den Ast abzusägen, auf dem sie sitzen.

Der Staat kann nur nach Formeln arbeiten. Selbst Maschine, kann der Staat nur Maschinenarbeit leisten. Recht und Gericht können wir aber keiner Maschine über-

lassen. Darum auch hier Abbau! Warum sollten wir den Weg zu Gott und seiner Gerechtigkeit immer nur über den Staat und seine schmutzigen Nebeninteressen finden? Der Staatsknecht blinzelt vielleicht zur Gerechtigkeit hinauf, da er aber noch einem anderen Herrn dient, muß er vor ihren Strahlen das Auge verschließen. Wir aber wollen Gott gerade ins Gesicht schauen und erfahren, was Gerechtigkeit ist, um danach das Recht zu gestalten und die Bösewichte zu strafen.

Was ist Gerechtigkeit? Nichts anderes als die Verneinung jedes Vorrechts. Die vollkommen gleiche äußere Ausrüstung für den Wettbewerb der Menschen, der in der Gesellschaft jedem seine Stelle anweist — das ist die von der natürlichen Auslese gewollte Gerechtigkeit, die zur Hochzucht des Menschengeschlechtes, zu Gott führt. Diese vollkommen gerechte äußere Ausstattung der Menschen fordert Freiland. Freiland ist Inhalt und Ausdruck der Gerechtigkeit. Der Staat und das Recht wurden aber geschaffen, um das Gegenteil von Freiland, um das Raubland zu schützen. So konnten denn auch nur Raub und Unrecht die Grundlage unseres Rechtes geben.

Gegen die Entstaatlichung des Rechtes führt man an, das Recht solle von einem einheitlichen Gesichtspunkt geleitet werden, man könne es nicht der Willkür der einzelnen Gemeinden überlassen. Ich sehe das nicht ein. Statt eines Gesichts*punktes* wollen wir für die Betrachtung des Rechtes einen großen Gesichts*winkel* schaffen, dessen Grundlinie aus den Augen des ganzen Volkes besteht. Jede Gemeinde soll ein eigenes, ganz unabhängiges Strafrecht haben und es ausbauen, so wie sie es versteht. So schaffen wir die zum Fortschritt nötigen Vergleichspunkte. Es kann wirklich nichts schaden, wenn niemand im voraus weiß, welche Strafe ihn für bestimmte Verbrechen erwartet, wenn man in Berlin die Einbrecher zu ihrer Besserung mit einer Rente ausstattet,

in Hamburg für das gleiche Verbrechen die Prügelstrafe einführt.

Die Entstaatlichung des Rechts- und Gerichtswesens kann man sich ungefähr wie folgt denken· Jede Gemeinde hat ihr eigenes bürgerliches Gesetzbuch, ihr Strafrecht, ihr Handelsrecht.

Gemeinden, die sich die Kosten nicht leisten können, eine eigene Gesetzgebung auszuarbeiten, lehnen sich in allen Rechts- und Gerichtsfragen den Gesetzen einer anderen Gemeinde an. Nach diesen selbstgewählten Satzungen wird dann verfahren. Die Zwangsmittel der Gemeinde verschaffen diesen Gesetzen Kraft. Neben diesen Gesetzbüchern bestehen noch private Friedens- oder Schiedsgerichte, an die sich die Bürger wenden können, wenn sie das Gemeindegericht nicht anrufen wollen. Besonders begabte Salomone geben auch eigene Rechts- und Gerichtsbücher heraus, die von Privaten in ihren Verträgen als bindend für sie bezeichnet werden. Auf den Briefköpfen, in den Preislisten der Kaufleute werden diese Rechtsbücher genannt, wie man den Telegraphen-Kode nennt. Wenn vorher nichts vereinbart ist, verfällt der Prozeß dem Rechtswesen der Gemeinde. Die privaten Rechts- und Gerichtsbüros sind ganz auf die Kundschaft angewiesen, wie die Ärzte und Rechtsanwälte. Sie haben Vorteil davon, viel Kundschaft anzulocken und dieses können sie nur, wenn sie unparteiisch Recht sprechen. So werden durch den Wettbewerb neben die Meistersänger und Meisterchirurgen noch Meisterrichter treten, die völlig unabhängig wie die Rabbiner für die Juden, nach freiem Ermessen urteilen. Der Ruf einzelner dieser Richter wird, wie der Ruf unserer Chirurgen, sich über die ganze Welt verbreiten. Wie sie von fernher zu Salomon eilten, in schwierigen Rechtsnöten, so werden sie zu unseren neuen Salomons kommen — von Asien, Lybien, Ägypten. Und wehe denen, die sich solchem Urteilsspruch entziehen!

Das Strafgericht (Kriminalgericht) liegt in den Händen der beleidigten Bürgerschaft. Ohne „Vorschriften", ohne sich nach Präzedenzfällen zu richten, nach freiem Ermessen wird gerichtet. Zur Sicherung kann man jeden Fall zwei oder drei vollkommen unabhängige Gerichtshöfe passieren lassen und überläßt dem Sträfling die Wahl unter den über ihn verhängten Strafen. Besondere zum kaltblütigen, geschäftsmäßigen Töten abgerichtete Scharfrichter gibt es nicht. Die Richter sind zugleich Scharfrichter. So ist damit endgültig die Todesstrafe abgeschafft.

Recht und Gerechtigkeit, die edelste aller geistigen Disziplinen, wird so zum ehernen Inventarstück der allgemeinen Denktätigkeit werden und an diesen hohen und höchsten Aufgaben werden sich die Bürger zu höheren Menschen hinaufarbeiten. Dem Bürger werden da Aufgaben gestellt werden, für die er sich nur durch ernsthaftes Studium vorbereiten kann. „Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zielen."

So wird das Rechtsempfinden wieder lebendig werden; dem Organ, das uns befähigen soll, alle Abweichungen von der senkrechten Linie der Gerechtigkeit wahrzunehmen, wird wieder Blut zugeführt werden. Es wird sich entwickeln, schärfen. Das Organ das im Gesellschaftsleben das ist, was der Kompaß für den Seefahrer, wird uns den Weg zeigen durch die Nacht der Atavismen und der Vorurteile, wird dem Fortschritt die sonnige, breite Heerstraße öffnen.

Wir haben den Staat mit der Pflege der Schule, der Religion, des Medizinalwesens, des Heerwesens, des Handels, der Kunst und Wissenschaft betraut und alles hat er den verbrecherischen Privatinteressen der herrschenden Klasse angepaßt, verdreht und verbogen. Er eignete sich auch die heiligsten Aufgaben der Menschheit an — das Urteil über Recht und Unrecht. So ging uns wegen Mangel an Übung das Organ für Gerechtigkeit, das Gewissen verloren. Dem Staat, der plumpen Maschine, opferten wir auch noch das Göttliche im Menschen, die ewige Sehnsucht nach Gerechtigkeit, die einzige Hoffnung auf das Paradies — und spurlos verschlang es das Scheusal.

Unser Staat, den ihm eigenen Richtlinien folgend, brach mitten im Frieden in das Land der mit uns in Frieden und Freundschaft lebenden Belgier ein, sengend und brennend verwüstete unser Staat das Land des friedlichsten aller Völker. Und wir, das deutsche Volk, ließen das Scheusal gewähren. Wo war unser Gerechtigkeitssinn geblieben? Sah niemand, daß das Scheusal in unserem Namen auf unsere Rechnung etwas Ungeheuerliches beging? Niemand sah es, denn wir alle schwiegen. Der Staat war ja das für uns denkende Wesen. Wir sahen, daß alljährlich 300000 Säuglinge, liebe, zarte Wesen, die ihre Händchen nach uns um Hilfe streckten, langsam dahinsiechten, weil die Mütter in die Fabriken mußten. Wen rührte das? Wo blieb unser Sinn für Gerechtigkeit? Der Staat hatte ihn beschlagnahmt. Wir sahen, daß breite Schichten unseres Volkes unter den traurigsten Verhältnissen ohne Unterlaß bis zum Lebensende arbeiten mußten, nur um den Unterhalt einer hochmütigen Schar von Prassern zu schaffen. Niemand entrüstete sich, wir schwiegen. Wir hatten dem Staate ja unsere Seele, das Gerechtigkeitsorgan, unser Gewissen übergeben. Die seelenlose Maschine hatte uns entseelt. Staat, du Scheusal, Kind der großen Hure, des Landraubes, des Privatgrundbesitzes! Wir wollen dich zertreten. Weg mit dem Ministerium für Recht und Gericht!

Zivilstand. Der Staat hat auch die allerzarteste Blüte des Menschenlebens mit Beschlag belegt. Die Staatsmaschine greift in das Liebesleben ein. Er führt, ähnlich wie der Tierzüchter ein Stallbuch, das er Zivilstandsregister nennt und erklärt alle Ehen ungültig, die nicht in diesem Buche eingetragen werden. Die mißglückten, von ihm selbst geschlossenen Ehen, hält er gewaltsam zusammen, indem er

der Ehescheidung Hindernisse in den Weg legt. So verstößt der Staat gegen den in jedem Menschen lebendigen tiefen Glauben, daß nur aus einem durch nichts anderes als Liebe vereinten Paar normale, glückliche, harmonische Menschen entspringen können. Unzucht, Unzucht, Sodomie ist es, nichts anderes, was der Greuel hier betreibt. Zerrbilder des Menschen entstehen aus solchen Zwangsverhältnissen, Material für die Toll- und Zuchthäuser, Menschen minderer Ordnung, die oftgenannten Vielzuvielen.

Das Eingreifen des Staates in die Ehe hat zur notwendigen Folge, daß das Verantwortlichkeitsgefühl des Menschen in bezug auf das Liebesleben abgestumpft wird. Die heiligsten und wichtigsten Triebe, die Kräfte, die uns gebildet, denen wir den Aufstieg aus dem Tierzustand verdanken, die werden durch das Dazwischentreten des Staates entnervt. Man sagt sich, daß, wenn der mit einem Ministerium für Volksgesundheit ausgestattete Staat, der uniformierte, prächtige Staat, jede Ehe, auch die ungeheuerlichste Interessenehe gesetzlich anerkennt, daß dann die natürlichen, das Liebesleben leitenden Triebe für die Nachkommenschaft ohne Bedeutung sein müssen. Genau wie beim Alkoholismus ertötet die Autorität des Staates das Gefühl der Selbstverantwortung in dieser wichtigsten aller menschlichen Handlungen. Der Glaube an den Staat läßt uns sündig werden. Was der Staat duldet, ist erlaubt, sagt der auf den Staatsschulen herangebildete Mensch, und was erlaubt ist, muß auch züchtig sein.

Wir wollen den Staat abbauen. Das Liebesleben ist ureigenste Angelegenheit des Mannes und der Frau. Schaffen wir das Zivilstandsregister ab — es hatte ja doch nur für die Forschung nach Erbtanten Bedeutung. Jetzt aber, wo der Staat sowieso sich zum Universalerben einsetzen muß, wird das Zivilstandsregister auch noch dieses Sinnes beraubt. Wer die Zivilstandesregister beibehalten möchte um des Stammbaumes wegen, mag für sich einen

solchen anlegen. Seine ureigenste Sache ist es. Mir aber kann es einerlei sein, ob Schulze von Krause oder von Müller abstammt. Weg mit dem Staate.

Jetzt hat der Staat zu seiner eigenen Stärkung den Frauen das Wahlrecht verliehen. Welches Wahlrecht? Welche Wahl käme für eine Frau wohl in erster Linie in Betracht? Viele haben Ebert gewählt. Wollten sie alle wirklich nur den Ebert? Die Frau muß den Mann, den Vater ihrer Kinder frei wählen können. Ohne durch den Staat, ohne durch wirtschaftliche Rücksichten sich auf den Weg der Unzucht abdrängen zu lassen. Das große, edle, zur menschlichen Hochzucht führende Zucht-Wahlrecht, das ist wahres Frauenwahlrecht. Diesem Recht aber steht der Staat und die von ihm geschützten wirtschaftlichen Zustände im Wege. Weg mit dem Staat.

Gott ist Zweck und Ziel der Menschheit[1]).

„Es ist kein leerer eitler Wahn,
gezeugt im Gehirne der Toren,
im Herzen kündet es laut sich an,
zu was besserem sind wir geboren."

Der Erlöser, der zu Gott gewordene Mensch schläft noch im Schoße des Weibes. Von dort wird er kommen, der Erlöser, der uns die Tore des Paradieses öffnet. Aber in Freiheit muß er gezeugt werden. Weg also mit dem Staat; er ist der Zerberus, der uns das Tor versperrt zum Paradies.

Damit wäre der Staat abgebaut bis auf seine Grundmauern, das Verkehrswesen — Geld, Eisenbahn, Kanäle, Telegraph, Schiffahrt, Flugwesen — alle Wesen, deren Lebenstriebe gegen alle Grenzhindernisse gerichtet sind, deren Antennen die Welt umspannen. Das Verkehrswesen kennt keine Rasse, keine Religion, Geschichte, Sprache,

---

[1]) Vgl. Vershofen. — Der Erlöser. — Eugen Dietrichs Verlag.

Privatinteressen der Staatenlenker. Immer ist es bestrebt, seine Stränge mit denen der ganzen Welt in Verbindung zu bringen, zu verlöten. Damit enthüllt sich uns auch der wahre Trieb des imperialistischen Gedankens, des einzigen edlen Zuges der Politik. Für den Verkehr haben alle Grenzen immer nur provisorischen Charakter. Immer strebt der Verkehr nach Durchbruch der Grenzen; der wahre, große erlösende Imperialismus geht immer nur vom Verkehr aus. Darum kann es auf die Dauer auch nur einen Staat geben, ein Panimperium, das selber keine Grenzen mehr hat, weil es die Welt umspannt. Für zwei Staaten ist kein Raum auf dieser Erde. Ich oder du! Die Staaten werden und müssen immer zusammenstoßen, bis die sie scheidenden Verkehrsgrenzen fallen. Dieser Zusammenstoß führt bei ausgebauten Staaten, namentlich bei mustergültig geführten Staaten wie das Deutsche Reich z. B., bei Staaten, denen ein in sich abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet als Ziel vorschwebt, zwangsläufig zu Kriegen, zu Völker- und Brudermord. Zwischen abgebauten Staaten dagegen, wo vom Staate nichts bleibt als das Verkehrswesen, wird solcher Zusammenstoß einfach zu einem Zusammenfluß, zu einer Hochzeit, wie bei zwei nach Vereinigung strebenden liebenden Wesen.

Auch darum wollen wir abbauen. Allgemeiner Abbau der Staaten — das ist die wahre Formel des Völkerbundes.

Nach dem Zwecke des Staates forschte man bisher vergeblich. Keine der vielen Zweckbestimmungen des Staates deckte sich mit dem Wesen des Staates. Namentlich wenn man von völkischen Gedanken ausging, verwickelte man sich in unlösbare Widersprüche. Am besten war schließlich die etwas nüchterne Definition Mudikes: „Anstalt für eine zwangsweise Einziehung des arbeitlosen Einkommens". Aber diese Bezeichnung setzte soviel politische Witterung voraus, daß sie nur ganz selten rückhaltlos anerkannt wurde.

Jetzt kennen wir den Zweck des Staates. Nachdem wir ihm alle Hüllen abnahmen, die Nebenzwecken dienten, erkennen wir im Staat einfach eine Organisation für die Förderung des Verkehrs.

Nachwort.

Je größer für eine bestimmte Last die Zahl der Träger ist, umso weniger wird der einzelne zu tragen haben. Dem deutschen Volk hat der Krieg eine besonders schwere Last aufgebürdet, während er gleichzeitig Zahl und Kraft der Träger arg mitgenommen hat. Wenn es gelänge, für diese Last einen größeren Tragkörper zu schaffen? Daß das mit Gewalt nicht geht, braucht nicht gesagt zu werden. Vielleicht geht es auf andere Weise.

Wie wäre es, wenn wir die inneren Verhältnisse unseres neuen Freistaates so gestalteten, daß aus ihnen neue, starke Anziehungskräfte strahlten und andere Staaten sich mit uns vereinigten und uns so das Tragen unserer Bürde erleichterten?

Diese Frage wird vielen zurzeit etwas kühn erscheinen. Man wird sich an die Politik jener Gemeinden erinnern, die durch Verschönerung ihrer Städte fremde, auch ausländische Rentner als starke Steuerzahler heranzulocken verstanden, und man wird fragen: Welches Volk wird denn Lust verspüren, sich dem in Belgien eingebrochenen, von der ganzen Welt geächteten, mit Schuld und Schulden beladenen deutschen Volke anzuschließen? Und dennoch geht es, wenn wir es richtig anzufassen verstehen, wenn wir im eigenen Lande vorbildliche soziale Zustände schaffen, die Sicherheit für Leben und Eigentum, Freiheit und Unabhängigkeit zu wahren und zu mehren wissen, den Kommunismus, Bolschewismus, Sozialismus, Bürokratismus überwinden und aus der Sackgasse, in die uns der Kapitalismus geführt, einen Ausweg hauen auf die Bahn

der persönlichen Freiheit und Entwicklung. Kurz, wenn wir für den gewaltigen Abgang an wirtschaftlichen Gütern Ersatz auf anderen Gebieten zu schaffen wissen und, anstatt den fremden und ausländischen Rentnern Braten und und Wagnerfestspiele zu bieten, ganzen Völkern eine Schaustellung zu geben wissen, wie es in einem in der Gerechtigkeit gegen jeden Mann sich orientierenden Lande, in einem Volksstaate zugeht.

Jedes Ding hat zwei Seiten. Auch die Niederlage hat sie. Das deutsche Volk ist jetzt dank der erlittenen Niederlage geistig und wirtschaftlich besser vorbereitet für den inneren Sieg, um von den Bürgern die nötigen Opfer fordern zu können, als dies bei den Siegern der Fall ist. Der Besiegte ist hellseherisch; er hat für Recht und Unrecht ein feineres Empfinden. Der helle Schein der Gerechtigkeit hebt sich bei ihm von den düsteren Wolken der Niederlage deutlicher ab. Der Besiegte ist darum dem inneren Sieg, dem Sieg über sich selbst und über alle Vorrechte ungleich näher als der Sieger. Und das ist die zukunftsfrohe, die schöne Seite der Denkmünze unserer Niederlage. Wenn irgendein Volk jemals Aussicht gehabt hat, die uralte soziale Frage zu lösen, den Kapitalismus zu überwinden, den Klassenstaat zu zertreten, so ist es jetzt das deutsche Volk. Nützen wir die kostbare, nie wiederkehrende Gelegenheit aus — lassen wir den Traum Christi, den Traum Moses', den Traum aller Idealisten und Utopisten Wirklichkeit werden — jetzt, wo das deutsche Kapital der Kadaververwertung zu Paris übergeben wurde, für uns Deutsche darum nicht mehr existiert und darum auch unserer sozialen Entwicklung nicht mehr aus dem Wege geräumt zu werden braucht.

Dann wird das geschehen, was ich eben sagte: Die anderen Völker, die Belgier, Holländer, Franzosen, Italiener, Russen, Engländer, Dänen, die sich als Sieger jetzt ungleich schwerer aus den Banden des Kapitalismus, aus den sozialen

Wirren befreien können, werden an die Deutsche Friedens-Kraftzentrale Anschluß suchen.

Es liegt nichts Schwärmerisches in solcher Erwartung. Der Wahlspruch: „Wider den Militarismus" führte die Welt gegen uns. Nun wird der Wahlspruch: „Für den Bürger- und Völkerfrieden, für die soziale Gerechtigkeit", alle Völker der Welt uns zuführen.

Dann werden wir auch nicht um Aufnahme in den Völkerbund bitten müssen. Wir, das besiegte deutsche Volk werden den Stern dieses neuen Kometen bilden. Der Völkerbund wird dann zu einer einfachen Nebenerscheinung des sozialen Friedens. Und nicht nur, daß wir dann keine Revision des kommenden Pariser Friedens zu fordern brauchen, — weil die Völker, von der großen, aus dem sozialen Frieden kommenden Gerechtigkeitswelle gehoben, diese Revision ungebeten durchführen werden — sie werden uns noch Abbitte tun für alle uns angetane verdiente und unverdiente Unbill. —

Die Quantitätstheorie des Geldes. München 1916	—.75
Währung, Zins und Lohn. München 1917	—.75
Die Durchführung der absoluten Währung. München 1918	—.75
Die menschliche Fortpflanzung, ihre Gesundung und ihre Veredelung	5.90
Frankfurth, Ernst und Silvio Gesell: Aktive Währungspolitik, eine neue Orientierung auf dem Gebiet der Noten-Emission. Berlin-Lichterfelde 1909. 2. Aufl.	1.75
Gesell, Silvio: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld. 3. Aufl. erscheint voraussichtlich im April 1919	8.—
Dasselbe in vier Teilen:	
1. Teil: Freiland	1.50
2. Teil: Freigeld (Das Geld, wie es sein soll und sein kann)	1.50
3. Teil: Metall- und Papiergeld (Das Geld, wie es ist)	1.50
4. Teil: Die neue Lehre vom Zins	1.50
Freiland die eherne Forderung des Friedens, Vortrag 1917	—.50
Gold und Frieden? Vortrag, Bern 1916	—.75
Der Abbau des Staates. 1919	—.40
Hammer, Georg: Die Währungsfrage, gemeinverständlich dargestellt. Stuttgart. 2. Aufl.	2.65
Silas: Die Ethik des Zinses. Bern 1918	—.30
Schweizer Freiland-Freigeld-Bund:	
Freigeld-Fibel. Bern 1915	—.75
Freiland-Fibel. Bern 1918	—.60
Der Goldwahn eine nationale Gefahr	—.50
Der Geldstreik. Bern 1918	—.50
Die Nationalbank am Scheideweg. 1. Flugblatt, Bern 1918	—.10
Weißleder, Otto: Die Freiwirtschaft 1919	3.—

Teuerungszuschläge
werden nach den Kosten des Neudruckes berechnet.

Im gleichen Sinne wie der Freiland-Freigeld-Bund arbeiten: Physiokratische Vereinigung, Berlin-Lichterfelde, Steglitzer Straße 31; Schweizer Freiland-Freigeld-Bund, Bern, Erlachstr. 5.